



Globalisierung zukunftsfest gestalten

Leitbild

Unsere Ziele für das
neue Jahrzehnt

Multilateralismus

Weltwirtschaftlicher Fortschritt
statt Abschottung

Europa

Eine Ratspräsidentschaft der
richtigen Impulse?

Globalisierung zukunftsfest gestalten

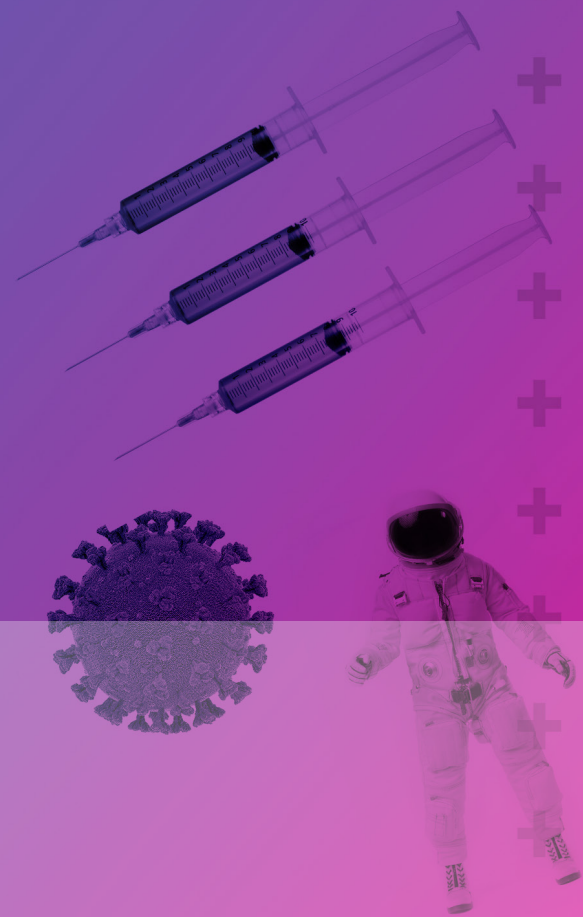


Sarah Bäumchen
Chefredakteurin und
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

Weltoffenheit und globale Zusammenarbeit sind für uns Freie Demokraten ganz wesentliche Bestandteile unseres Wertekanons. Die Corona-Pandemie beschleunigt derzeit aber Tendenzen zu Abschottung und Protektionismus, die sich schon seit längerem verbreiten. Umso wichtiger ist es für uns, die Globalisierung zukunftsfest zu gestalten. Nicht durch nostalgische Verklärung, sondern durch eine Evolution des Multilateralismus. Christian Lindner schreibt in dieser Ausgabe, wie es uns im Rahmen eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses gelingen kann, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie mit internationalen Entwicklungen Schritt hält. Unser Ziel: weltwirtschaftlicher Fortschritt statt Abschottung. Eine Diskussion, die mit Sicherheit auch Eingang in den beginnenden Programmprozess zur Bundestagswahl und zu den Landtagswahlen finden wird. Grundlage dafür ist unser Leitbild-Update, zu dem Linda Teuteberg zusammenfassend erklärt: „Wir Freie Demokraten wollen Verantwortung für die Zukunft übernehmen.“ Diskutieren Sie gemeinsam mit uns, wie uns das ganz konkret am besten gelingen kann.

Ihre

Sarah Bäumchen



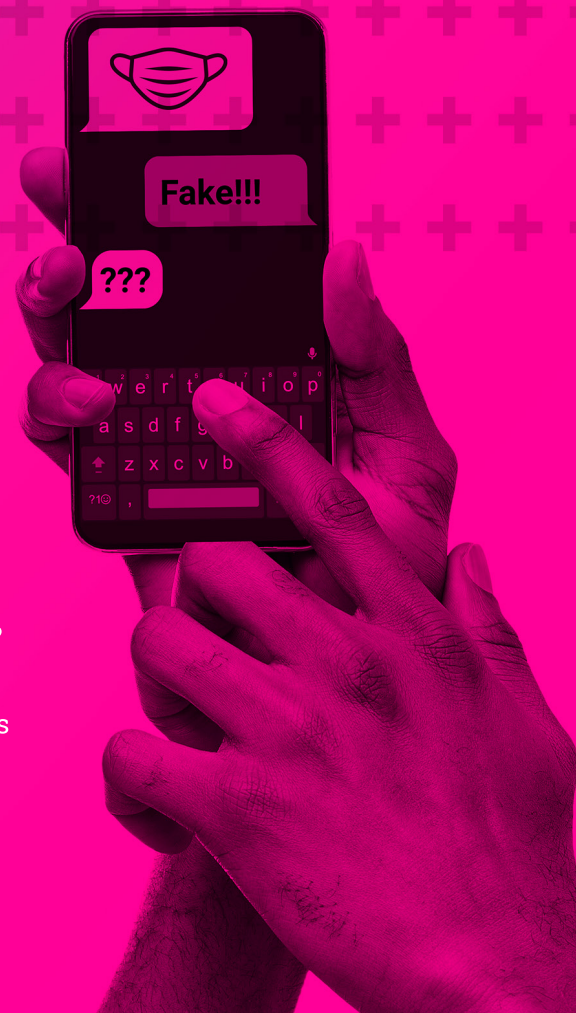
Die BRD ist kein Staat, sondern eine GmbH

Das Corona-Virus ist nur eine Erfindung

George Soros leitet Flüchtlinge nach Europa

Bill Gates will uns zwangsimpfen

Die Rothschilds beherrschen die Welt



Desinformation kann die Kraft haben, den gesellschaftlichen Diskurs zu untergraben und demokratische Prozesse zu stören. Langfristig gefährden sie unsere Freiheit. Auf welche Weise können wir dem globalen Phänomen der Desinformation begegnen? Wie steht es um die Medienfreiheit in der Welt und wie können wir sie stärken? Begleite uns auf der Suche nach Antworten und lass uns gemeinsam gegen Desinformation vorgehen.

Alle Infos: freedomfightsfake.org



FREEDOM FIGHTS FAKE



Weltwirtschaftlicher Fortschritt statt Abschottung

5 Meldungen

6 Weltwirtschaftlicher Fortschritt statt Abschottung

Was auf die Corona-Krise folgen muss.

16 Die Bürgerrechtstradition ist der FDP-Fraktion Antrieb und Kompass

Die parlamentarische Vorstellung moderner Bürgerrechtspolitik.

18 Klotzen, nicht kleckern. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft braucht Ambition und Tempo.

Corona darf Europa nicht bremsen.

20 „Ich bin ein Hongkonger!“

Warum Solidarität mit Hongkong das Gebot der Stunde ist.

22 Die Probleme sind offenkundig

Deutsche halten Proteste in Amerika für berechtigt.

10 „In jeder Krise steckt auch eine Chance zu zukunftsweisenden Veränderungen.“

Interview mit Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE.

12 Mut@FDP – Konzepte in Krisenzeiten

Einblicke in die Web-Talks unseres Präsidiums mit Experten aus Wirtschaft, Kultur und Politik.

14 Unsere Ziele für das neue Jahrzehnt

Das Update des Leitbildes ist abgeschlossen. Wie es jetzt weitergeht.

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteurin: Sarah Bäumchen | CvD: Caroline Hentschel | Redaktion: Moritz Eichhorn, Wulf Oehme, Bettina Lauer, Petra Horstick, Jordi Razum, Jennifer Keßling, Michael Lindner | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 43, Telefax: (030) 28 49 58 42 | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Anzeigen: iden@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 38, Telefax: (030) 28 49 58 32 | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand – Redaktionsschluss: 05.06.2020.

Update für die digitale Parteiarbeit



Die Freien Demokraten leben vom freiwilligen Engagement der Mitglieder vor Ort. Dies gilt erst recht in dieser herausfordernden Homeoffice-Zeit. Uns wird deutlich vor Augen geführt, wie essenziell die Digitalisierung für das politische Arbeiten geworden ist. Um die Arbeit vor Ort noch stärker zu unterstützen, haben wir die zentrale Arbeitsplattform „meine freiheit“ mit neuen Funktionen ausgestattet, die bei der administrativen und organisatorischen Arbeit entlasten und bei der inhaltlichen Arbeit stärken sollen. Ab sofort können Tagesordnungen, Protokolle, Anträge und Pressemitteilungen ganz einfach mithilfe von Vorlagen erstellt werden. www.meine-freiheit.de

Save the Date: Bundesparteitag 2020



Bedingt durch die Corona-Pandemie musste der ursprünglich für Mai geplante ordentliche Bundesparteitag verschoben werden. Nun steht der neue Termin fest: Der Parteitag wird parteirechts- und satzungskonform als Präsenzparteitag am 19. September 2020 von 10:00 Uhr bis 20:00

Uhr im „Estrel Congress Center Berlin“ stattfinden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie werden jedoch besondere Sicherheitsvorkehrungen und organisatorische Maßnahmen ergriffen: Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Ort ist begrenzt. Jenseits der Delegierten sowie aller Personen, denen die Bundessatzung der FDP ein Rederecht zuweist, ist eine Teilnahme am Tagungsort nur in besonderen Ausnahmefällen möglich. Selbstverständlich können sich alle Mitglieder digital am Parteitag beteiligen. Gäste und die interessierte Öffentlichkeit können den Parteitag ebenfalls digital verfolgen.

FDP tritt mit starken Kandidatinnen und Kandidaten an



In den nächsten Monaten steht für Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahl im Mittelpunkt: Am 13. September wählen die Bürger Stadträte, Kreistage, Bezirksvertretungen, (Ober-)Bürgermeister, Landräte und das Ruhrparlament. Das Ziel der Freien Demokraten ist klar: Die Kommunen zu einem sicheren und zukunftsorientierten Ort zu machen. Die Kampagne für die NRW-Kommunalwahl 2020 gibt eine Antwort auf die Frage, wieso man die Freien Demokraten wählen soll. Aufgrund der veränderten Lage durch die Corona-Pandemie gibt es zudem ein Kampagne-Update mit einem zweiten Claim und vor allem neuen Themenbotschaften, die die Herausforderungen der Zeit in den Blick nehmen. Ins Land getragen wird die Kampagne von hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten. Sie treten dabei mit pragmatischen Verbesserungsvorschlägen und innovativen Visionen für die eigene Gemeinde oder Stadt an – und mit der Haltung der Freien Demokraten in Corona-Zeiten: Wir wollen kein Land schaffen, das nach der Krise so gut ist wie zuvor. Sondern ein Land, das besser ist als je zuvor.



Weltwirtschaftlicher Fortschritt statt Abschottung

Durch die Corona-Pandemie wird die alte Kritik an der Globalisierung mit scheinbar neuen Argumenten wieder aufgelegt. Doch ein zukunftsfester Multilateralismus kann die individuelle Freiheit stärken.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Bundestag

Die Corona-Krise beschäftigt auch weiterhin unser Land. In der ersten Phase stand die gesundheitliche Krisenbewältigung im Vordergrund. Nun rücken verstärkt die längerfristigen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft in den Blick.

Wir Freie Demokraten haben uns frühzeitig für eine Bekämpfung der Pandemie unter größtmöglicher Wahrung der Bürgerrechte eingesetzt. Manche Lockerung wäre aus unserer Sicht früher möglich und geboten gewesen. Tatsächlich haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Wertschätzung für persönliche Freiheit dann gerade wächst, wenn sie keine Selbstverständlichkeit ist. Wir alle spüren auch, wie empfindlich unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben ist, das auf Kooperation und globaler Zusammenarbeit beruht.

Schon vor Corona sahen wir Tendenzen zur Abschottung, Protektionismus und internationaler Systemkonkurrenz. Auch in Deutschland war die erste Reaktion auf die

Corona-Krise leider eine nationale Sichtweise. Unser Exportstopp für medizinische Güter in die EU war sicherlich kein Signal der Solidarität, sondern hat zu Irritationen bei unseren Partnern geführt. Erst nach und nach rückt nun wieder ins Bewusstsein, wie sehr auch wir als starke Industrienation auf weltweite Arbeitsteilung angewiesen sind. Wir brauchen Weltoffenheit und das Vertrauen in internationale Zusammenarbeit.

Vielfach wird die Corona-Krise jetzt leider zum Anlass genommen, um bereits früher geäußerte Kritik an Globalisierung und Wachstum mit scheinbar neuen Argumenten aufzuwärmen. Tatsächlich markiert der Corona-Ausbruch möglicherweise eine Tiefenkrise, die uns hin zu einem neuen Aushandlungsprozess führen wird. Dieser Prozess muss nicht zu Regression führen, wie das vielen Globalisierungskritikern vorschwebt. Dieser Prozess bietet viele Chancen. Die Globalisierung ist ein zivilisatorisches Projekt, das nicht abgewickelt werden darf. Aber die Globalisierung braucht



auch eine Evolution, indem wir Multilateralismus und internationale Institutionen beleben.

Denn globale Krisen, wie wir sie jetzt mit der Pandemie erleben, können wirksam nur global gelöst werden. Ähnliche Weltkrisen werden wir in Zukunft womöglich noch häufiger erleben. Wirtschaftliche Verflechtung und internationale Kooperation sind hierbei nicht das Problem, sondern bleiben die naheliegende Lösung. Das schließt nicht aus, über die Verlagerung von einzelnen Produktionsketten in besonders sensiblen Bereichen zu reden, zum Beispiel wenn es konkrete medizinische Produkte betrifft. Dass Deutschland zu Beginn der Pandemie keinen ausreichenden Vorrat an Schutzmasken hatte, muss uns sicherlich zu denken geben. Beim staatlichen Bevölkerungsschutz sollten wir jedenfalls nicht nur eine dreimonatige Ölreserve haben, sondern auch eine strapazierfähige Reserve bei medizinischem Schutzmaterial und Medikamenten.

Grundsätzlich aber kann die Abschottung einzelner Wirtschaftsregionen nicht die Lehre aus dieser Krise sein. Das Gegenteil ist doch der Fall: Von Impfstoffen, Medikamenten und Beatmungsgeräten, die im Augenblick mit deutschem Know-how erforscht oder hergestellt werden, profitieren nicht nur wir selbst, sondern im Zweifel auch Menschen in Regionen der Welt, deren soziale und wirtschaftliche Infrastruktur solche Entwicklungen noch nicht möglich macht. Globalisierung und freier Handel waren schon in der Vergangenheit kein Nullsummenspiel, sondern haben auch anderswo auf der Welt die Lebenssituation von hunderten Millionen Menschen verbessert.

Wirtschaftlicher Fortschritt schließt auch die Schonung von natürlichen Ressourcen mit ein. In der Debatte um die besten Konzepte für mehr Klimaschutz haben wir bereits frühzeitig die Position vertreten, dass Innovation und technologischer Fortschritt die effizientesten Wege

sind, weltweit und nicht nur im nationalen Alleingang den CO₂-Ausstoß zu senken. Nicht zuletzt bleibt Wachstum die Voraussetzung für sozialen Aufstieg. In einer stagnierenden Gesellschaft kann sich die Lebenssituation nur verbessern, indem man anderen etwas wegnimmt. In einer prosperierenden Gesellschaft dagegen fällt es wesentlich leichter, sich einen größeren Anteil am insgesamt wachsenden Wohlstand zu erarbeiten.

Wenn ich von Aushandlungsprozessen spreche, dann meine ich damit auch die politische Reflexion über Regeln. Der Liberalismus schafft die Regeln, innerhalb derer die Freiheit des Individuums erst möglich ist. Aus ordoliberaler Sicht ist schon seit Jahren zu beklagen, dass dieser Austausch über Regeln mit der globalen Entwicklung nicht Schritt hält. Uns geht es dabei immer um die beste Freiheitsbilanz. Zum Beispiel kann die Freiheit größer werden, wenn man machtvolle Unternehmen, die marktbeherrschend wirken, an Regeln bindet. Die individuelle Freiheit hingegen kann zunehmen, wenn ich in einer existenziellen persönlichen Krise von der Gemeinschaft gestützt werde. Die Eindämmung eines globalen Virus wie jetzt ist solch ein Fall, der nicht allein durch individuelles Verhalten zu lösen ist, sondern das Zusammenspiel vieler nationaler und internationaler Akteure notwendig macht.

Eine Reflexion über Regeln würde bedeuten, dass wir uns zum Beispiel auch über die Unternehmen des Plattformkapitalismus unterhalten, die den fairen Wettbewerb und die digitale Selbstbestimmung aushebeln können. Sie bezieht sich auch auf bestimmte Entwicklungen an den Kapitalmärkten. Zum Beispiel ist es keine Zwangsläufigkeit, dass Staatsanleihen als quasi risikofreie Investition betrachtet werden, weil im Zweifelsfall immer darauf vertraut wird, dass die Steuerzahler haften. Wenn Kosten ohne stichhaltigen Grund umverteilt werden, dann widerspricht das dem liberalen Haftungs- und Verantwortungsprinzip. Wenn wir dies zum Beispiel auf Europa anwenden, dann bedeutet dies: Wir wollen auch den Euro nicht abwickeln, wie dies Populisten von rechts und links im Schilde führen. Wir wollen aber die gemeinsame Währung stärken, indem wir die fiskalische Eigenverantwortung innerhalb der Eurozone stärken. Wir sind für europäische Solidarität, gerade in dieser, nicht selbst von einzelnen Mitgliedsstaaten verschuldeten Krise. Deshalb sollten Staaten in Not über einen zeitlich begrenzten Raum auch Kredithilfen aus Brüssel bekommen dürfen. Es gibt aber dennoch gute Gründe, diese Hilfen nicht einfach als unbegrenzten Zuschuss zu

gewähren. Denn wir sollten am Verschuldungsverbot der EU festhalten. Bund, Länder, Gemeinden machen Schulden – da würde eine weitere, in diesem Fall überstaatliche Ebene mit Verschuldungsrecht die Frage aufwerfen, ob die EU nicht selbst eigene Steuern erheben sollte, um diese Schulden abzutragen. Dem Verantwortungsprinzip „no taxation without representation“ würde dies fundamental widersprechen, denn eine voll parlamentarisch verantwortliche Regierung ist die EU-Kommission nicht.

Festzuhalten bleibt: Wir brauchen mehr internationale Kooperation und Arbeitsteilung nach der Corona-Krise, nicht weniger. Die Krise darf nicht genutzt werden, um Din-

ge durchzusetzen, für die man vorher keine Mehrheit hatte. Das gilt für pauschale Kritik an der Globalisierung genauso wie für Kritik an privatem Unternehmertum und sozialer Marktwirtschaft insgesamt. Natürlich brauchen wir einen starken Staat – zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung. Dieser Staat erhält seine Kraft und finanzielle Potenz aber gerade durch unser effizientes Wirtschaftssystem und private Initiative. Das dürfen wir auch während und nach dieser Krise nicht vergessen. ■





Foto: Helge Krückeberg/IG BCE

„In jeder Krise steckt auch eine Chance zu zukunftsweisenden Veränderungen.“

Michael Vassiliadis ist Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie und vertritt die Interessen von über 600 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ein Gespräch über Arbeit, Wohlstand und Aufstiegschancen.



Bettina Lauer
Pressesprecherin
der FDP

fdplus: Wie unterscheidet sich die Corona-Krise für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber von der Finanzkrise im Jahr 2008/2009?

Michael Vassiliadis: Die Krise 2008/2009 wurde ausgelöst durch den Finanzsektor und hatte sehr schnell Folgewirkungen auf die Industrie, die Finanzlage ganzer Staaten und schließlich auch den Konsumbereich. Die Corona-Shutdowns haben dagegen zuerst das Endkundengeschäft eingeschränkt und damit weiten Teilen des Dienstleistungsbereichs von einem Tag auf den anderen die Geschäftsgrundlage entzogen. Das erklärt auch die historisch hohe Zahl an Kurzarbeitern von bundesweit 7,3 Millionen im Mai. In der Finanzkrise waren es „nur“ knapp 1,5 Millionen Menschen. Natürlich hat sich die Krise auch auf die Industrie ausgewirkt: In den Branchen der IG BCE beispielsweise sind noch immer die Beschäftigten in der Autozuliefererindustrie schwer gebeutelt. Das langsame Wiederaufleben der Produktion bei den Herstellern hat noch keine nachhaltige Besserung gebracht. Viele Zulieferer sind längst in wirtschaftliche Schieflage geraten – etwa im Kautschuk- und Kunststoffbereich. Gleichzeitig erfasst das Virus einen Kontinent nach dem anderen, was das Exportgeschäft und damit die Industrie nachhaltig zu schwächen droht.

Die in der Krise wichtigen systemrelevanten Berufe sind meist schlechtbezahlt. Jetzt ist beispielsweise von Prämien für Pflegekräfte die Rede und es wird breit über Lohnerhöhungen diskutiert. Glauben Sie, die Krise ändert etwas an der Sozialpartnerschaft, der Tarifautonomie und der Mitbestimmung in Deutschland?

Generell finden sich immer da, wo Arbeitgeber und Gewerkschaften direkt über Entgelte und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verhandeln, die besten – weil passgenauen – Lösungen. Das setzt aber auf beiden Seiten eine hohe Organisationsstärke und Gestaltungskompetenz voraus. Die IG BCE beispielsweise hat für vier von fünf Beschäftigten in ihren Branchen per Tarifvertrag eine Aufstockung auf das Kurzarbeitergeld ausgehandelt. Das geht nur mit der notwendigen Rückendeckung in der Belegschaft. Tarifbindung, Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind Garanten für Planungssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Unternehmen. Die Sozialpartnerschaft hat schon in der Finanzkrise dafür gesorgt, dass Deutschland die Krise damals vergleichsweise gut bewältigen konnte. Durch gemeinsam erarbeitete Instrumente wie die Flexibilisierung von Arbeitszeitkonten haben wir so Entlassungen in gro-

ßem Umfang verhindert. Das alles zeigt, dass wir Tarifbindung, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft stärken müssen, wenn wir soziale Marktwirtschaft ernst nehmen.

Mit der Ausbreitung des Coronavirus war vielerorts ganz schnell möglich, was jahrelang zäh diskutiert wurde: Ganze Belegschaften arbeiteten über Wochen und Monate von zu Hause aus. Der Bundesarbeitsminister plant ein Recht auf Homeoffice – mal wieder. Ist das Ihrer Meinung nach sinnvoll oder wäre eine Modernisierung der Arbeitszeitregelung und Arbeitsstättenverordnung nicht dringender?

In jeder Krise steckt auch eine Chance zu zukunftsweisenden Veränderungen und in diesem Fall hin zu mehr Digitalisierung und einer gestiegenen Akzeptanz vom Homeoffice. Die digitale Vernetzung war und ist in der Corona-Krise für viele Unternehmen der einzige Weg, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Allerdings müssen bei der mobilen Arbeit die Rahmenbedingungen stimmen! Sie müssen geregelt werden und sie darf nicht zu einer Entgrenzung von Arbeit führen. Ein „Recht“ auf Homeoffice muss da ausgestaltet werden, wo auch alle anderen betrieblichen Regelungen getroffen werden, nämlich am Verhandlungstisch der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter.

Seitdem mehrere Schlachtbetriebe zu Corona-Hotspots geworden sind, rücken auch die Arbeits- und Wohnbedingungen der Beschäftigten in den Blickpunkt. Wenn wir auf Nachhaltigkeit Wert legen, wie lassen sich Sozialstandards im globalen Wettbewerb aufrechterhalten?

Hohe Sozialstandards sind notwendige Bedingung für echte Nachhaltigkeit und für die gesellschaftliche Akzeptanz unternehmerischen Handelns. Es kann nicht sein, dass einige Branchen bei Arbeitsschutz, Hygiene und Beschäftigungsbedingungen noch immer nicht in der Gegenwart angekommen sind. Gerade die Schlachtbetriebe sind ja nicht dem globalen Wettbewerb ausgeliefert. Sie drücken ihre Preise bis zur Absurdität, weil sie meinen, der Verbraucher wolle es so. Und anstatt dabei auf Innovationen und Produktionsverbesserungen zu setzen, arbeiten sie noch mit Methoden von vorgestern. Kein Wettbewerb darf über die Unterbietung von Arbeitsbedingungen ausgetragen werden – weder regional, noch global. ■

Mut@FDP

Konzepte in Krisenzeiten



Mit dem Web-Talk-Format „Mut@FDP“ haben wir eine Serie etabliert, die externe Gesprächspartner mit unseren Präsidiumsmitgliedern zusammenbringt. Die Video-Aufzeichnungen haben wir auf unserem Youtube-Kanal zum Nachgucken bereit gestellt. Hier zeigen wir Auszüge aus den Diskussionen.



Wie sehr belastet die Krise zukünftige Generationen?

„Eine Krise hat immer einen Effekt. Sie bringt Unzulänglichkeiten und Versäumnisse gnadenlos ans Licht.“

Michael Theurer

„Es sind zum Beispiel Berufsgruppen wie Künstler oder Solo-Selbstständige, die nicht in der Weise aufgefangen werden, wie das erforderlich wäre.“

Christiane Woopen



Bildung neu denken

„Bildung ist Grundlage für unser liberales Menschenbild. Es lässt mich oft nicht ruhig schlafen, dass die Bildungschancen stark vom Elternhaus abhängen.“

Katja Suding

„Wir müssen die technische Voraussetzung schaffen, damit wir die Bildung überall dort hinbringen, wo sie gebraucht wird. Flächendeckend auch in die ländlichen Regionen.“

Harald Christ



Internationale Politik in Zeiten der Pandemie

„Wir sollten den Partnern zur Seite stehen, die sich auch dem Multilateralismus verschrieben haben. Aber bitte nicht als Bundesrepublik Deutschland, sondern als EU mit einer Stimme für 450 Millionen.“

Wolfgang Ischinger

„Handeln und Haften gehören zusammen: die politische Verantwortung für die Ausgaben und die Folgen für den Haushalt. Das sollten wir nicht trennen, aber gleichwohl deutlich Solidarität zeigen.“

Linda Teuteberg



Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise

„Wenn ich davon ausgehe, dass die Menschen die Dinge auch gelernt haben, dann kann ich auch viel mehr auf Regeln als auf Verbote setzen. Das ist die liberale, wirtschaftlich-demokratische Lösung.“

Michael Hüther

„Wir Liberale haben ein sehr positives und optimistisches Menschenbild, dass die Einzelnen fähig sind zur Übernahme von Verantwortung, dass sie vernünftig entscheiden.“

Christian Lindner



Verantwortung und Freiheit in Krisenzeiten

„Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir es schaffen, eine Balance von Gesundheit und Freiheit zu finden, die wir auch über längere Zeit durchhalten. Das ist viel Mühe und Kreativität in der Debatte wert.“

Linda Teuteberg

„Politiker sind in einer Ausnahmesituation – wie wir alle. Sie wissen nicht genau, wie das Infektionsgeschehen sich entwickelt. Sie können vorsichtiger sein, sie können etwas optimistischer sein, aber sie müssen politisch entscheiden. Und das geht nur, wenn offen und sachlich diskutiert wird.“

Udo di Fabio



Wohin steuert Amerika?

„Donald Trump geht es nur um ein Thema: seine Wiederwahl. Alles andere interessiert ihn nicht.“

Claus Gramckow

„Wir als Europäer müssen uns darauf fokussieren, jetzt erwachsen zu werden.“

Nicola Beer



Opposition in Krisenzeiten

„In der Krise gibt es einen Drang zum Zusammenhalt. Das darf aber nicht dazu führen, dass eigene Standpunkte nicht mehr klar gemacht werden.“

Marco Buschmann

„Die FDP war eine der Ersten, die die Formulierung „Exit“ im Bundestag verwandt hat. Das kann wie Ungeduld wirken, es kann aber auch in der Wertetradition einer freiheitlich-orientierten Partei liegen.“

Karl-Rudolf Korte



Arbeit, Wohlstand & Aufstiegschancen

„Wir sind in den Branchen [Bergbau, Chemie, Energie] weitestgehend abhängig von Europa, USA oder auch China. Deswegen müssen wir darauf schauen, dass die europäische und die globale Situation nicht außer Acht gelassen wird.“

Michael Vassiliadis

„Wir müssen Kriterien finden, die offen für Entwicklungen sind und die die Möglichkeit lassen, dass sich die Produkte, Antriebe, Technologien, durchsetzen, die wirklich langfristig die Richtigen sind.“

Linda Teuteberg



Wirtschaft im Krisenmodus

„Jetzt muss der Schwerpunkt gesetzt werden auf Wachstumsförderung, Beschäftigung und Innovation, und das heißt für uns: keine neuen Steuern, keine Vermögenssteuer, keine Steuererhöhungen, keine neue Bürokratie.“

Michael Theurer

„Familienunternehmen sind gut ausgestattet, haben Eigenkapital, haben ein langfristiges Denken und Handeln.“

Sarna Röser



Journalismus & Debattenkultur

„So sehr es eine Tugend ist, das Beste aus einer Situation zu machen, sollte man diese Krise nicht romantisieren oder schönreden. Das finde ich manchmal geradezu zynisch.“

Linda Teuteberg

„Debatte fängt erst bei zwei Meinungen an. Die Bereitschaft, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen nimmt aber stark ab.“

Christoph Schwennicke

Unsere Ziele für das neue Jahrzehnt

Fast 19 000 Mitglieder haben sich am Update-Prozess des Leitbildes beteiligt. Der Beschluss ist aber nicht das Ende unserer gemeinsamen Arbeit. Jetzt kommt es darauf an, dass wir das Leitbild weiter mit Leben füllen.



Linda Teuteberg
Generalsekretärin
der FDP

Liberaler Politik lebt von Diskussion und Vielfalt. Offenheit in der politischen Debatte ist aber nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln. Im Gegenteil: Als Freie Demokraten machen wir Politik aus einer gemeinsamen Haltung heraus. Mit dem Ziel, mehr Chancen durch mehr Freiheit zu schaffen.

Diese liberale Grundhaltung haben wir in den Jahren 2014 und 2015 für uns als Partei in einem langen und intensiven Prozess diskutiert. Wir haben dabei unser Profil als Partei der Freiheit und der Verantwortung geschärft. Das Leitbild ist unsere gemeinsame Identität und Wertegrundlage, an der wir uns orientieren. Um klar zu definieren, was uns wichtig ist, wo wir unseren politischen Auftrag und unsere politischen Ziele sehen. Und vor allem auch: mit welcher Einstellung wir diese Aufgaben anpacken wollen.

Dieses Leitbild hat uns weit gebracht: Mit Mut und Optimismus, mit klaren Positionen etwa zu weltbesten Bildung, Digitalisierung und einer Politik, die rechnen kann, sind wir 2017 in den Deutschen Bundestag zurückgekehrt.

Nun wollen wir gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit angehen. Denn die Welt hat sich weitergedreht. Die Corona-Pandemie, der Klimawandel, zunehmende Migration und die Verschiebung globaler Machtzentren verlangen neue Antworten.

Vor diesem Hintergrund haben wir Freie Demokraten seit Anfang des Jahres unser Leitbild umfassend überprüft. Rund 19 000 Freie Demokraten haben an unserer Mitgliederrumfrage teilgenommen und unsere gemeinsame Grundhaltung zum einen eindrücklich bestätigt. Zum anderen haben sie uns mitgeteilt, welche Themen die Partei stärker in den Vordergrund rücken sollte, um unsere Haltung bei zentralen Fragen unserer Zeit noch deutlicher herauszustellen. Das ist weder progressive Nostalgie noch wir erfinden uns hier neu. Wir wollen bestimmte Facetten unserer Überzeugung deutlicher herausstellen, handlungsfähig für neue Herausforderungen und bereit für Veränderungen sein.

Dazu gehört vor allem unser Anspruch, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Und dazu die ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen für nachkommende Generationen zu sichern. Nicht durch mehr Staatseingriffe und mehr Verbote. Unser Anspruch lautet Nachhaltigkeit durch Innovation.

In Zeiten zunehmender Abschottung, Europa- und Globalisierungsfeindlichkeit haben wir außerdem unterstrichen, dass wir weiterhin mit einer weltoffenen und europäischen Grundhaltung Politik machen wollen. Wir wollen

das europäische Einigungsprojekt fortsetzen und stärken. Allerdings – das haben wir in den jüngsten Debatten zur Finanzierung der Corona-Hilfen in Europa deutlich gemacht – wird Europa nicht gelingen, wenn wir Werte wie Verantwortung für eigenes Handeln und finanzielle Nachhaltigkeit infrage stellen. Hier wie bei anderen Fragestellungen auch sind regelmäßig mehrere Gesichtspunkte unseres Leitbildes angesprochen und in unseren politischen Antworten zur Geltung zu bringen.

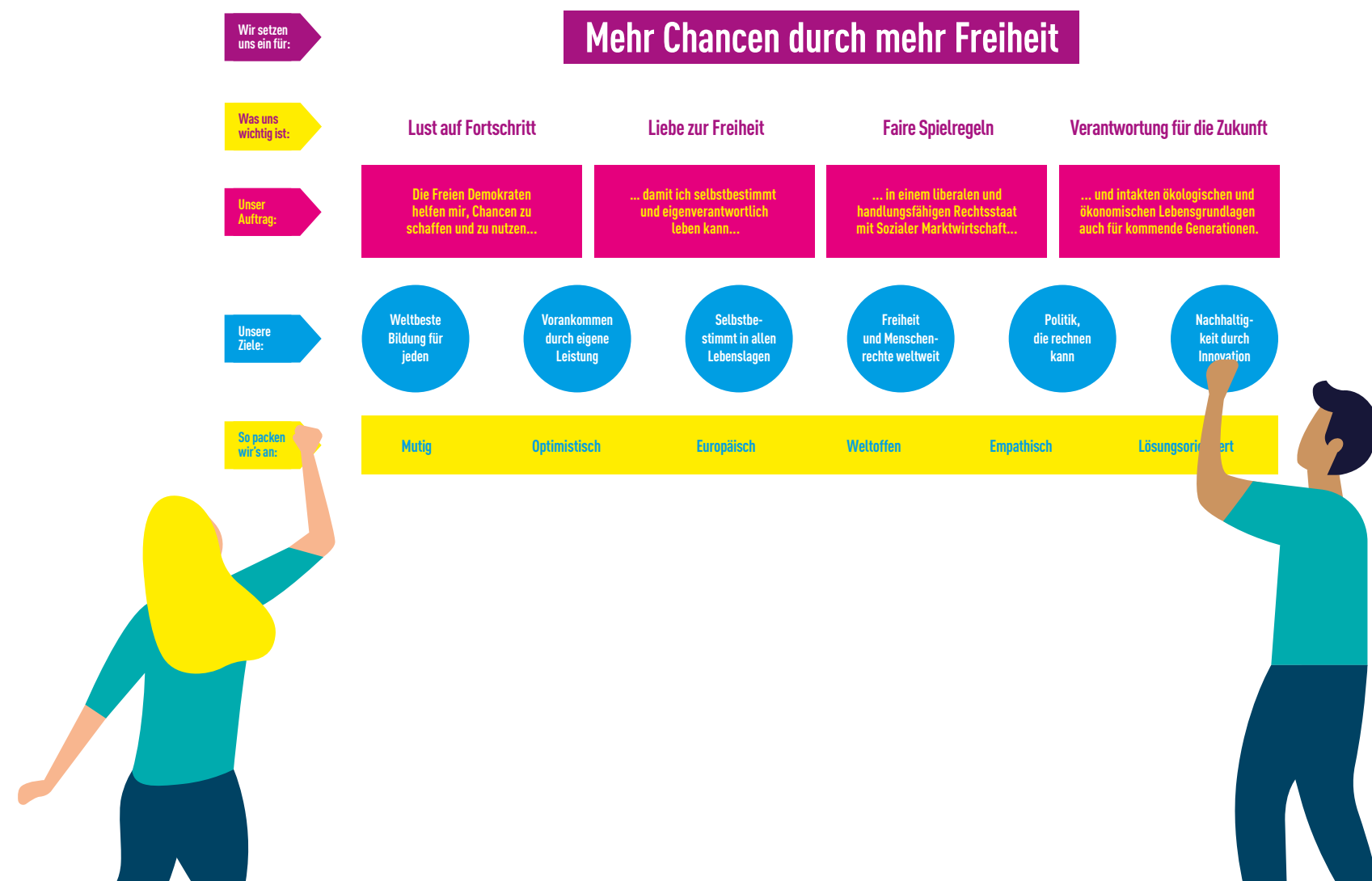
Schließlich haben wir in unserem Leitbild auch noch einmal die – für Liberale – selbstverständliche Überzeugung formuliert, dass wir für einen ebenso liberalen wie handlungsfähigen Rechtsstaat eintreten. Für einen Rechtsstaat, der die Freiheitsrechte schützt und seine Bürger nicht in ihrer privaten Lebensführung bevormundet und auf den sie sich verlassen können, weil er geltendes Recht auch durchsetzt.

Damit haben wir an unserem Leitbild einige wertvolle Ergänzungen vorgenommen.

Wie geht es jetzt konkret weiter? Nun gilt es, das aktualisierte Leitbild in die Fläche zu tragen und mit Leben zu füllen. In den kommenden Monaten wollen wir gemeinsam

an den Inhalten arbeiten und diese im Programmprozess zur Bundestagswahl konkretisieren. Das gilt natürlich auch für die Programme zu den Landtagswahlen im nächsten Jahr und für unser politisches Handeln und Kampagnen auf allen Ebenen. Als Generalsekretärin stehe ich allen Landesverbänden zum weiteren Austausch zur Verfügung.

Unsere Ziele für das neue Jahrzehnt: Wir Freie Demokraten wollen Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Dafür, dass jeder Mensch in Freiheit und Eigenverantwortung in Deutschland und Europa leben kann. Dafür, dass wir eine sichere und lebenswerte Zukunft schaffen. Nachfolgenden Generationen wollen wir dazu intakte ökologische und ökonomische Lebensgrundlagen hinterlassen. Chancen auf individuelles Vorankommen in unserer Sozialen Marktwirtschaft wollen wir allen Menschen eröffnen. Mit einem liberalen und handlungsfähigen Rechtsstaat wollen wir Freiheit und Sicherheit gewährleisten. Diese Ziele und diesen Gestaltungsanspruch wollen wir in Regierungsverantwortung umsetzen. ■



Die Bürgerrechtstradition ist der FDP-Fraktion Antrieb und Kompass

Gerade die Corona-Krise zeigt, wie schnell Bürgerrechte unter Druck geraten können. Die FDP-Fraktion hat sich deswegen einer modernen Bürgerrechtspolitik verschrieben.



Michael Lindner
Stellvertretender
Pressesprecher der FDP-
Fraktion im Bundestag

Egal ob Versammlungsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit oder das Fernmeldegeheimnis – viele Menschen lernen ihre Bürgerrechte erst dann richtig zu schätzen, wenn sie eingeschränkt werden. Gerade die Corona-Krise, aber auch die Digitalisierung zeigen, wie schnell sie unter Druck geraten und wie fragil sie in Krisen und Wandel werden können. Die Antwort darauf darf aber nicht sein, sich mit den Einschränkungen dauerhaft abzufinden oder den Schutz der Bürgerrechte aufzugeben. Denn ohne die freie Entfaltung der Persönlichkeit und ohne den Schutz des Einzelnen, des Privaten und des Eigentums kann keine Gesellschaft ihr Potenzial entfalten. Die FDP-Fraktion hat sich deswegen einer modernen Bürgerrechtspolitik verschrieben und sich eine entsprechende Agenda gegeben. Die lange Bürgerrechtstradition der Freien Demokraten ist dabei Antrieb und Kompass.

Für den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Dr. Marco Buschmann, ist klar: „Nicht die Freiheit des Einzelnen ist rechtfertigungsbedürftig, sondern

ihre Einschränkung durch den Staat. Der Bürger ist nicht Bittsteller, sondern der Rechtsstaat muss jede Beschränkung von Freiheitsrechten besonders in einer Ausnahme-situation wie der Corona-Krise begründen.“ Wichtig ist dabei Transparenz. Deswegen fordert die FDP-Fraktion eine sogenannte Überwachungsgesamtrechnung, in der alle Überwachungsmaßnahmen dargelegt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat diese schon vor über zehn Jahren angemahnt, bislang ist nichts passiert. Deshalb möchte die FDP-Fraktion die Gesamtrechnung einer unabhängigen Freiheitskommission anvertrauen: Diese soll als ständiges Beratungsgremium in Gesetzgebungsverfahren und in der öffentlichen Diskussion, ähnlich wie die Wirtschaftsweisen, der Freiheit eine stärkere Stimme geben und etwa die gesellschaftlichen Folgen der verschiedenen Überwachungsmöglichkeiten und Freiheitseinschränkungen beleuchten.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Stephan Thomae betont: „Wichtig ist ebenso, dass Bürger in einem



Foto: Matthias Stolt / stock.adobe.com

modernen Staat schnell Rechtssicherheit erhalten und das Vertrauen in die Justiz gestärkt wird. Dafür möchten wir Strafprozesse ins 21. Jahrhundert holen, indem wir sie effektiver, schneller und moderner gestalten, ohne die Rechte von Angeklagten und Verteidigern einzuschränken“. Das will die FDP-Fraktion mit einem Digitalpakt für die Justiz erreichen, der vorsieht, Online-Verfahren für Forderungen mit geringem Streitwert einzuführen, die elektronische Kommunikation mit den Gerichten zu verbessern und virtuelle Gerichtsverhandlungen zu ermöglichen. Außerdem soll die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt werden, indem das externe Weisungsrecht der Justizminister abgeschafft wird. Und die Bestellung eines Pflichtverteidigers soll konsequent ab der „ersten Stunde“ erfolgen.

In einem Rechtsstaat gehört zu gut ausgestatteten Sicherheitsbehörden auch eine transparente Kontrolle. Das Bundesverfassungsgericht hat dies gerade erst in seinem Urteil zum BND-Gesetz unterstrichen. Deshalb setzt sich

die FDP-Fraktion für eine effektivere Kontrolle der Nachrichtendienste ein: So soll das Parlamentarische Kontrollgremium gestärkt werden, die G 10-Kommission für die Genehmigung der strategischen Fernmeldeüberwachung insgesamt zuständig sein und ein Nachrichtendienstbeauftragter des Deutschen Bundestages eingerichtet werden. Dieser soll mithilfe seiner Mitarbeiter die Dienste kontrollieren und regelmäßig darüber berichten.

Auch mit weiteren Initiativen setzt die FDP-Fraktion Akzente für die Stärkung und Fortentwicklung der Bürgerrechte, etwa zur Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und für mehr IT-Sicherheit. ■

Klotzen, nicht kleckern. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft braucht Ambition und Tempo.



Nicola Beer
Stellvertretende Bundesvorsitzende und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Covid-19 gibt den Ton an, leiser aber immer noch wahrnehmbar. Deutschland muss die daraus folgende politische Verantwortung annehmen. Die übliche Partitur einer EU-Ratspräsidentschaft aus nationaler Forderung und europäischer Machbarkeit ist aus den Fugen geraten. Der verschobene EU-China-Gipfel, gedacht als das Kernstück der Präsidentschaft, zeigt in aller Deutlichkeit: Die Vorzeichen sind neu. Deutschland darf sich jetzt nicht hinter Corona verstecken. Eine Termin-Ratspräsidentschaft herunterreißen ohne Ambition wäre fatal und würde nicht nur der EU schaden, sondern auch Deutschland.

Europa neu aufstellen, die richtigen Impulse setzen, Richtungsentscheidungen treffen. Das erwartet die EU jetzt von Deutschland. Strategische Gestaltung auf internationaler Ebene. Europäische Standards setzen. Die Dringlichkeit springt ins Auge: wirtschaftlichen Wiederaufschwung anschieben, Schadensbegrenzung beim Brexit, Blockade bei Migrations- und Asylpolitik lösen. Unter deutschem Vorsitz muss hier ein Vorstoß gelingen; zumal die Merkel-Regierung maßgeblich Auslöser der zugespitzten Lage in Europa ist. Die Kanzlerin hat Brüssel mit ihrem „Wir schaffen das!“ politisch im Regen stehen gelassen. Und sie lässt zu, dass die Frage über das „Wie?“ Europa spaltet. Wir brauchen dringendst Fortschritt: pragmatisch, ideologiefrei und gangbar für alle. Die Quotenverteilung ist an den Hauptstädten gescheitert. Deshalb ist im neuen Ansatz dreierlei

zentral: wirksamer Außengrenzenschutz, mehr legale Wege für Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte sowie ein Europäischer Talentpool mit Punktesystem. Anders gehen Humanität und Migration nicht zusammen.

Die EU muss selbstbewusst ihre geopolitische Rolle definieren: gegenüber China, dem Iran, den USA, die sich immer stärker als Ordnungsmacht zurückziehen. Es sind entscheidende Monate. Eine große Chance für Deutschland, sich als Gestalter Europas zu erweisen. Kämpfen wir für den richtigen Weg. Corona hat unsere Schwachstellen freigelegt: Das umstrittene Wiederaufbaupaket von Kommissionspräsidentin von der Leyen wird das Aufschwung-Versprechen nicht halten können. Die Mittel-Vergabe basiert auf Vor-Corona-Daten, der Recovery Fund wird so zum überdimensionierten Geldgeschenk für alte Strukturfehler der Mitgliedsstaaten. Was wir aber brauchen, ist ein radikaler Umbau. Nicht von oben bestimmen, sondern von unten mit den Bürgern gestalten. Kern der Reform: den EU-Haushalt mit Reformen und Rechtsstaatsklausel verknüpfen und einen europäischen Sicherheitsrat gründen. Zwei wesentliche Pfeiler, damit Europa zum souveränen Player wird. Der Corona-Kater darf Deutschland jetzt nicht bremsen. Berlin hat es in der Hand, ob es eine europäische Erfolgsstory schreibt oder ob sich Europas Bürger in einer historischen Krise an eine deutsche Hängepartie erinnern werden. ■

**FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
GEHT PHYSIOTHERAPEUT
JAN DAHIN, WO ES WEH TUT.
WIR SAGEN DANKE.**

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/jan | **IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

EINE TRENNUNG KANN AUCH ENTSPANNT ABLAUFEN.



Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de

**KARTON,
NATÜRLICH!**

Eine Initiative des Fachverbandes
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.
FKV

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

„Ich bin ein Hongkonger!“

China untergräbt mit seinem neuen Sicherheitsgesetz das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme". Jetzt gilt es, Solidarität mit den Bürgern Hongkongs zu zeigen.



Linda Teuteberg
Generalsekretärin
der FDP

„Vor zweitausend Jahren war der stolzeste Satz, den ein Mensch sagen konnte, der: Ich bin ein Bürger Roms. Heute ist der stolzeste Satz, den jemand in der freien Welt sagen kann: Ich bin ein Berliner.“ So stellte es der amerikanische Präsident John F. Kennedy bei seiner Rede in West-Berlin 1963 fest. In Berlin wurde der Kampf um die Freiheit 26 Jahre später gewonnen. Heute ist ganz Berlin freie Hauptstadt eines geeinten Deutschlands in einem geeinten Europa.

Hierzulande ist der Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung gegen die kommunistische Diktatur Geschichte – wobei manche auch in Deutschland wieder von Enteignungen und Umverteilung träumen. Doch der heftigste Kampf für die Freiheit einer Stadt wird heute am anderen Ende der Welt geführt: Es ist der Kampf um Hongkong.

Seit Jahren untergräbt die chinesische Regierung den autonomen Status der Metropole, der zentrale Bedingung für die Rückgabe der britischen Kronkolonie im Jahr 1997 war. Doch bisher hatte China stets vermieden, die Vereinbarung „Ein Land, zwei Systeme“ offen infrage zu stellen.

Nun aber, im Schatten der Corona-Krise, greift Peking die Autonomie der Handelsstadt direkt an. Der Chinesische Volkskongress, die pseudodemokratische Volksvertretung der Volksrepublik, verabschiedete jüngst ein Sicherheitsgesetz, das es Sicherheitskräften des Festlandes erlauben soll, in Hongkong gegen Hongkonger vorzugehen. Darin werden außerdem neue, unscharfe Straftatbestände geschaffen, wie beispielsweise das Verunglimpfen der chinesischen Nation und die Missachtung seiner Flagge, was dazu geeignet ist, Kritiker und Demonstranten mundtot zu machen. Mitglieder der kommunistischen Führung behaupten seit einigen Monaten, es handele sich bei dem britisch-chinesischen Übergabevertrag nur um ein historisches Dokument, dem heute keine praktische Bedeutung mehr zukomme.

Nun ist Hongkong weit weg. Außerdem ist die chinesische Wirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten sehr stark geworden, die chinesischen Märkte sind gerade für die Exportnation Deutschland von immenser Bedeutung. Anders als die kommunistischen Staaten des Kalten Krieges



„Wir stehen für die Stärke des Rechts und nicht für das Recht des Stärkeren!“

Linda Teuteberg und die JuLis demonstrieren vor der chinesischen Botschaft. Sie setzen ein Zeichen für Freiheit und Menschenrechte. Gleichzeitig gedenken sie des Massakers vor 31 Jahren auf dem Tiananmen-Platz.

ist China viel enger mit dem Westen verflochten, sind wir viel abhängiger. Leicht ließe sich daher sagen: Ach, was geht es uns an, was mit den Hongkongern geschieht und überhaupt, was können wir ausrichten? Doch das wäre ein schwerer Fehler.

Hongkong ist, wie einst Berlin, ein entscheidendes Symbol im Kampf zwischen autoritärem Kollektivismus und der freien Welt. Hier tritt der Systemwettbewerb, der dieses Jahrhundert prägen wird, ganz offen zu Tage. Hier muss er ausgefochten, hier muss die Freiheit verteidigt werden. Denn Peking verstößt immer wieder gegen Vereinbarungen, völkerrechtliche Verträge und Versprechen – solange sich ihm niemand in den Weg stellt. Das Urteil des Internationalen Seegerichtshofes zur illegalen Landnahme im südchinesischen Meer kümmert die KP nicht. Was sie respektiert, sind Kreuzer der amerikanischen Navy, die dort auf internationalem Seerecht bestehen.

Es ist bedauerlich, dass die aktuelle amerikanische Regierung der chinesischen Expansion nicht besonders effek-

tiv entgegentritt. Doch gerade deshalb ist es jetzt dringend notwendig, dass die Bundesregierung gemeinsam mit unseren europäischen Partnern klare Worte findet und Taten folgen lässt. Eine Einbestellung des chinesischen Botschafters angesichts der Lage in Hongkong hat es bisher nicht gegeben. Der EU-China-Gipfel im September wurde nur unter Verweis auf Corona verschoben.

Wir sind aufgerufen, Position zu beziehen, wenn China freie Menschen unterjocht. Aus Solidarität mit den Hongkongern und als Einsatz für unsere freiheitliche Ordnung. Vor 57 Jahren hat John F. Kennedy zu uns gestanden und gesagt: „Ich bin ein Berliner“. Heute ist es an uns, zu sagen: „Ich bin ein Hongkonger.“ ■

Die Probleme sind offenkundig

Eine Umfrage im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt, wie die Deutschen über institutionellen Rassismus denken. Dabei wird deutlich: Die Mehrzahl ist besorgt über die Geschehnisse in den USA und findet, dass auch Deutschland Probleme mit Fremdenfeindlichkeit hat.



Jordi Razum
Kommunikationsreferent der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

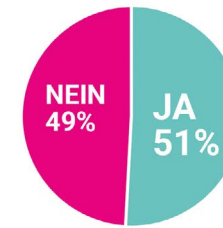
Der gewaltsame Tod von George Floyd bei einer Polizeikontrolle in Minneapolis zeigt einmal mehr, wie tief der institutionelle Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft verankert ist. Floyd war nicht das erste schwarze Todesopfer einer Polizeikontrolle und wird leider nicht das letzte Opfer bleiben. Die Proteste gegen Polizeigewalt, gegen Diskriminierung und Rassismus haben sich wie ein Lauffeuer aus den USA nach Europa ausgeweitet. Auch hier wird nun wieder intensiv über institutionellen Rassismus diskutiert und gestritten. Eine aktuelle repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar, durchgeführt im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, bestätigt diesen Eindruck: Die Deutschen sind mehrheitlich besorgt über die aktuelle Entwicklung der Lage in den USA nach dem Tod von George Floyd – sie sparen nicht mit Kritik an den Geschehnissen in Minneapolis und unterstützen Proteste gegen Polizeigewalt und Rassismus. Eine überwältigende Mehrheit von 92 Prozent der Befragten hält die

Proteste für berechtigt – unter der Voraussetzung, dass sie friedlich verlaufen. Und mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass Deutschland große Probleme mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hat.

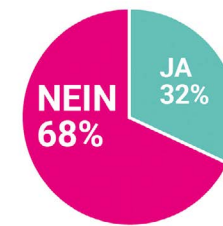
Doch ist dieser Rassismus auch in Deutschland so institutionalisiert, wie dies in den USA der Fall ist? Eine große Mehrheit der Befragten bezweifelt das. Lediglich zwanzig Prozent erkennen ein weit verbreitetes rassistisches Gedankengut bei der Polizei und anderen deutschen Behörden. Ein möglicher Grund dafür ist das funktionierende Sozialstaatskonzept der Bundesrepublik. So erkennen 86 Prozent der Befragten soziale Spannungen als Ursache für den allgegenwärtigen Rassismus in den USA, während zwei Drittel überzeugt sind, dass der Sozialstaat in Deutschland solche Spannungen verhindert.

Die Rolle der politischen Führung der USA in Person des US-Präsidenten Donald Trump wird dabei außerordentlich kritisch gesehen: Für 80 Prozent der Befragten befeuert

Deutschland hat große Probleme mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

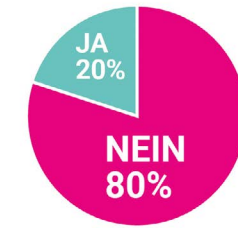


Die gewaltsamen Ausschreitungen in den USA sind berechtigt.

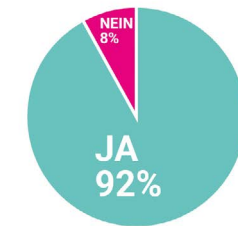


Mehr als die Hälfte der Befragten ist überzeugt, dass es in Deutschland ein großes Problem mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gibt.

Bei der Polizei und anderen Behörden Deutschlands ist rassistisches Gedankengut weit verbreitet.



Die Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA sind berechtigt, so lange sie friedlich sind.



Donald Trump die soziale Spaltung in den USA, für nur fünf Prozent handelt er entschlossen und nachvollziehbar. Die Folgen dieser erratischen Politik für die transatlantischen Beziehungen könnten potenziell gravierend sein. Die Hälfte der Deutschen macht sich Sorgen, dass die USA als wichtiger Partner Deutschlands und Europas ausfallen.

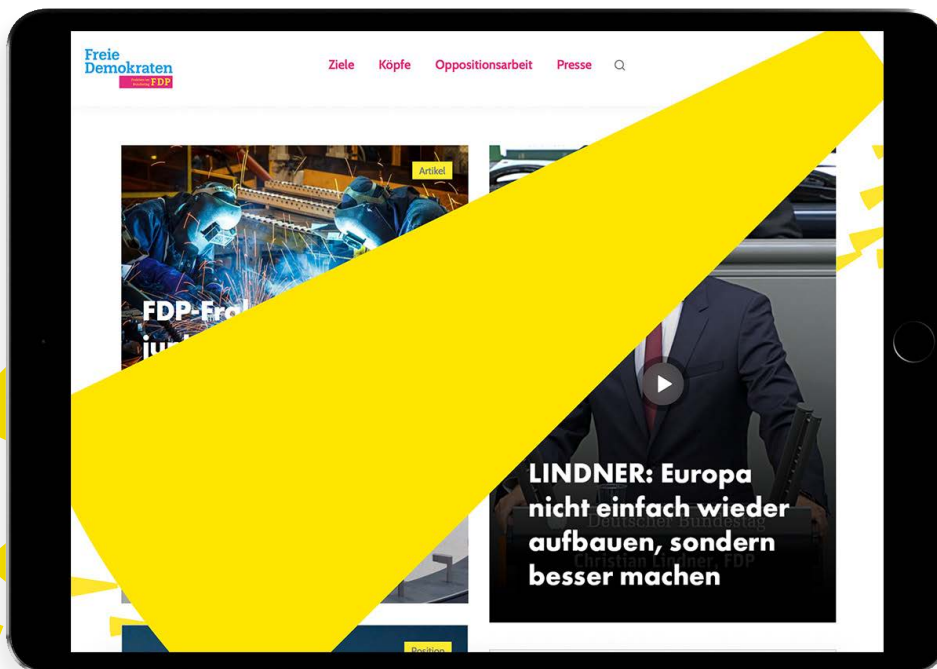
Die Rolle der deutschen Medien bei ihrer Berichterstattung zum Thema Rassismus wird indes ambivalent beurteilt. Eine Mehrheit der Deutschen fühlt sich gut informiert und ist überzeugt, dass die Medien objektiv und neutral über Konflikte in unserer Gesellschaft berichten. Auffällig ist dabei, dass die Zustimmungquote im Westen mit 63 Prozent wesentlich höher liegt als im Osten mit 51 Prozent. Außerdem sind 44 Prozent der Befragten überzeugt, dass die Medien durch ihre Berichterstattung die Spannungen in der Gesellschaft verschärften. Die in populistischen Parteien oft vertretene Meinung, die Medien seien zu regierungstreu und kritischer Journalismus finde nur in den sozialen Me-

dien statt, findet dagegen wenig Zustimmung (31 Prozent). Was bleibt, ist ein differenziertes Stimmungsbild der Deutschen zum Thema Rassismus in den USA und in Deutschland, das jedoch einen eindeutigen Handlungsbedarf impliziert. Denn auch wenn der Rassismus hierzulande nicht in einem Maße institutionalisiert ist, wie es in den USA der Fall ist, sind die Probleme offenkundig. George Floyds Tod muss auch uns aufwecken. Er bestärkt uns in unserem Einsatz für die offene Gesellschaft, in der Herkunft, Religion und sexuelle Ausrichtung keine Rolle spielen. ■

Neue Homepage der FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion hat ihre Homepage neu gestaltet: moderner, informativer und noch serviceorientierter. Hier finden Sie alles über die parlamentarische Arbeit der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag. Erfahren Sie mehr über unsere Themen, Köpfe und Initiativen.

Machen Sie sich selbst ein Bild unter fdpbt.de



Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag **FDP**